

500-Euro-Tablet für jeden Schüler: Eltern sollen zahlen

Gemeinschaftsschule Plön stößt auf Widerstand – Bildungsministerium greift ein

VON HANS-JÜRGEN SCHEKAHN

PLÖN. Der digitale Unterricht verdrängt die Kreidetafel. Das kostet Geld. An der Gemeinschaftsschule in Plön gibt es Verwirrung: Müssen Eltern für ihre Kinder Tablets zum Stückpreis von 529 Euro anschaffen? Der Schulrat hat sich eingeschaltet.

88 Jungen und Mädchen der Gemeinschaftsschule kommen im Sommer in die siebte Klassenstufe. Sie sind die ersten an der Schule, die mit dem neuen digitalen Konzept lernen sollen. Der Schulverband Plön Stadt und Land bezahlte aus seinen Mitteln die Infrastruktur im Gebäude. Endgeräte für alle konnten aber nicht mehr finanziert werden. Vorstandsvorsteher Lars Winter: „Beides können wir nicht bezahlen.“ Deshalb sollten das die Eltern übernehmen, soweit sie finanziell dazu in der Lage sind. So sah es die Schulkonferenz. So wurde es den Eltern auf einer Info-Veranstaltung erzählt.

Doch es gibt Widerstand: „Ich fühle mich überrannt“, kritisierte ein Vater, der nicht genannt werden möchte. Halte es die Landesregierung für vertretbar, dass die Eltern pro Kind mehr als 500 Euro zahlen sollen? Nach einer Anfrage im Bildungsministerium wurde gestern Schulrat Stefan Beeg auf den Fall angesetzt.

„ Wer nicht zahlen kann, muss dies nicht. Wir können die Eltern nicht über Gebühr belasten.

Stefan Beeg,
Schulrat im Kreis Plön

Beeg hält das Medienkonzept der Schule für sehr gut. Eine Pflicht der Eltern, die Geräte zu kaufen, werde es aber nicht geben. Das ginge allenfalls freiwillig. Wer die 529 Euro nicht zahlen wolle, der müsse das auch nicht, versicherte er.

„Wir können die Eltern nicht über Gebühr belasten.“ Die Lernmittelfreiheit müsse gewahrt werden, was sie bei dieser Summe nicht sei. Aus dem Bildungsministerium hieß es dazu: „Das Thema ist noch nicht abschließend an der Schule geklärt.“ Beeg kündigte Gespräche mit Schulleitung und Schulverband an.

Der Kauf nur auf freiwilliger Basis könnte das Projekt ins Wanken bringen. Der Anbieter rechne mit einer bestimmten Stückzahl, so Lars Winter. Weniger Geräte bedeuteten einen höheren Preis. Zwei Jahre lang hatte sich die Plöner Gemeinschaftsschule auf den digitalen Unterricht vorbereitet, schaute sich in anderen Schulen um, probierte verschiedene Systeme aus. Die Wahl fiel schließlich auf ein Angebot von Apple mit einem Konzept für iPads. Dieses gilt in Lehrerkreisen als besonders fortschrittlich.

Eine andere Variante wäre gewesen, dass jeder Schüler sein eigenes Gerät mitbringt,



Digitaler Unterricht: Schüler einer 7. Klasse lernen mit iPads im Mathe-Unterricht. FOTO: DPA

das er sowieso schon hat. Wegen der verschiedenen Systeme wäre dieses Netzwerk in seinen Möglichkeiten aber eingeschränkt.

Die Kosten von 529 Euro setzen sich zusammen aus dem Kauf des Gerätes, der Programme, einer Schutzhülle und einer Versicherung. Die Eltern müssten nicht kaufen. Sie könnten auch Geräte leihen. Oder ein Tablet für 15 Euro im Monat leasen.



Begrenzter Digitalpakt

Am Ende zahlen doch die Eltern

► Wie hatten unsere Bildungspolitiker im vergangenen Jahr das Digitalpaket des Bundes gefeiert. Gut 140 Millionen Euro für digitalen Unterricht in Schleswig-Holstein. Das klang fast schon nach Zukunft. Die Richtung stimmte. Unsere Schüler müssen schließlich jetzt auf das neue Arbeiten und Lernen in einer neuen Welt vorbereitet werden. Und das bitte nicht nur, indem sie am Smartphone Filmchen gucken oder Smileys verschicken.

Insofern hat die Gemeinschaftsschule in Plön – fast – alles richtig gemacht. Sie hat ein Konzept für digitalen Unterricht erarbeitet, der seinen Namen auch verdient. Gescheitert ist sie vorerst mit dem Versuch, den Eltern dafür einen ordentlichen Teil der Kosten aufzubrummen. Um wirklich alle Väter und Mütter dafür zu begeistern, ein 500-Euro-Tablet zu kaufen, müssen wohl noch ein paar mehr Gespräche geführt werden.

Allein der Schule die Schuld zu geben, wäre allerdings unfair. Vergessen würde man dabei, dass es an jeder Schule einen mehr oder weniger starken Druck gibt, Kinder mit Laptop oder Tablet auszustatten – weil Präsentationen oder Internetrecherchen sonst gar nicht möglich wären.

Trotz der hochgelobten Autonomie der Schulen wäre es deshalb hilfreich, wenn das Bildungsministerium mal eine Linie vorgeben würde, gern mit einem klaren Kostenrahmen für Eltern, der nicht überschritten werden darf. Vermutlich wird das aber nicht kommen. Das Ministerium müsste dann ja auch bekennen, dass die Lernmittelfreiheit nicht digital ist. Auf Tablets vom Land können die Schüler lange warten.